



Interview mit Thomas Näf - Vorwärts 13. Juni 2008

### **Offensive für die Integration**

Die PdA Bern sammelt gemeinsam mit zahlreichen linken und gewerkschaftlichen Organisationen Unterschriften für die Initiative "Zäme läbe – zäme schtimme". Die Vorlage möchte den Berner Gemeinden ermöglichen, AusländerInnen das kommunalen Stimmrecht einräumen. Wir sprachen mit Thomas Näf, Mitglied des Initiativkomitees.

**Vorwärts: Du bist Mitglied des Initiativkomitees zur Einführung des Stimmrechts für Immigranten im Kanton Bern. Wie geht die Unterschriftensammlung voran?**

Thomas: Ich rechne damit, dass schon 80% der Unterschriften gesammelt sind. Aber diese Unterschriftenbogen sind noch nicht alle in unserem Büro eingetroffen. Ich habe selbst beim Sammeln unterschiedliche Erfahrungen gemacht. An einigen Orten stehen die Leute fast Schlange und haben Geduld, bis ein Kugelschreiber frei ist. Letzthin stand ich vor einem Einkaufsshop und konnte am Schluss der Übung die Unterschriften mit meinen Fingern abzählen.

**Frage: Wo war das?**

Thomas: In einem Vorort, wo die Unzufriedenheit zunimmt und das Bewusstsein der Arbeitenden wächst, dass sie schlimmen Zeiten entgegen gehen. Aber bei vielen ist dieses Bewusstsein über die eigene Lage noch nicht bis zur Einsicht gereift, dass sie solidarisch zusammenstehen und sich gemeinsam wehren müssen. Sie schlagen stattdessen auf Sündenböcke wie Arbeitslose, Armutsbetroffene und Immigranten. Das kommt nicht von allein. Gewisse Parteien und Medien lancieren millionenschwere Kampagnen, die da ihre Wirkung tun. Umso wichtiger ist in so einer Atmosphäre die Initiative "Zäme läbe - Zäme schtimme".

**Frage: Lenin schlug 1917 der Zimmerwaldner Linken innerhalb der SPS vor, die Forderung nach zwangsweiser Einbürgerung aller arbeitenden Ausländer nach spätestens drei Monaten aufzustellen. Was für Forderungen erhebt die Initiative im Kanton Bern?**

Thomas: Es hat gar keinen Sinn, unter den gegebenen Umständen und Kräfteverhältnissen mit Maximalforderungen zu kommen. Diese wären zwar Balsam für Träumer, aber die Mehrheit der Bevölkerung und die meisten Organisationen würden ihr eine Unterstützung versagen. Die Rechten würden sich ins Fäustchen lachen.

**Frage: Wäre es nicht schon ein gewaltiger Fortschritt und aller Anstrengungen wert, wenn es gelänge, wenigstens eine Mehrheit des Proletariats hinter diese Forderung zu bringen?**

Thomas: Hier handelt es sich um eine "ansteckende Forderung". Diese hohe Ansteckungsgefahr wurzelt darin, dass die Forderung den Notwendigkeiten unserer Zeit entspricht. Wo sie einmal Boden gefasst hat, von dort aus beginnt sie sich auszubreiten und immer weitere Kreise oder Gegenden zu erfassen. Beim Ausländerstimmrecht erleben wir ein ähnliches regionales Muster wie bei der Einführung des Frauenstimmrechts vor Jahrzehnten. In Bern ist der letzte Versuch zur Einführung des Stimm- und Wahlrechts für Ausländer in den 1990er Jahren allerdings mit eindeutigem Stimmenverhältnis gescheitert. Die Gesamtlage aller Faktoren hat sich seither kaum verbessert. Zu

allen solchen allgemeinen Erwägungen kommt nun aber ein entscheidender Punkt hinzu, der in den konkret gegebenen Umständen im Kanton Bern liegt.

**Frage: Du meinst das würdelose Hin und Her von Grossräten, die dienstags vergessen, was sie montags beschlossen haben?**

Thomas: Auf Einladung des Grossen Rates hatte der Regierungsrat vor Jahren einen Anlauf unternommen. Sein Entwurf wurde im Prinzip von der Mehrheit der Gemeinden begrüsst, auch gerade von den Gemeinden, in denen am meisten Ausländer wohnen. Dabei handelte es sich um eine ausgesprochen gemässigte Vorlage. Sie will den Gemeinden schlicht das Recht einräumen, selbst über diese Frage zu entscheiden. Eine offene Gemeinde wird das schneller tun. Eine von konservativen Auffassungen dominierte Gemeinde wird sich nicht so rasch dazu durchringen. Nichts soll forciert werden. Diese Vorlage sah auch eine relativ lange Wartezeit von 10 Jahren vor, die ein Immigrant sozusagen in der Schweiz abverdienen muss, bevor er in den Genuss der kommunalen politischen Rechte kommen kann.

Mit alledem ist eine Ausgangslage geschaffen worden, die uns die Möglichkeit zu einem Gegenstoss gegen die Dauerangriffe von rechts eröffnet: Wir erheben nun, genau die Vorlage der Regierung, die seinerzeit offiziell von zahlreichen Organisationen, Verbänden und Amtsstellen begrüsst worden war. In allen Parteien gibt es offene Leute, die sich für das Stimmrecht von Immigranten aussprechen. Aber einige Politiker tun das nur an geeignetem Ort, ziehen aber den Schwanz ein, wenn es darum geht, für dieses Anliegen öffentlich einzutreten. Sie unternehmen wenig oder nichts und möchten sich nicht exponieren.

**Frage: Ihr rechnet also mit realen Siegeschancen für diese Initiative?**

Thomas: Ja. Seit der Abstimmung anfangs 90er Jahre hat sich die Wählerschaft erneuert. Sie ist innerlich dem Anliegen viel aufgeschlossener als damals. Vergessen wir nicht, dass es heute die Generation der 68er ist, die ins AHV-Alter kommt. Viele Stimmberechtigte haben Grosskinder aus gemischten Ehen. Wir leben, wohnen, lernen, spielen zusammen mit anderen, ohne überhaupt nach dem Pass zu fragen. Viele fortschrittliche und weniger fortschrittliche Politiker haben verstanden, dass die Einführung des Stimmrechts für alle nicht auf ewig verhindert werden kann. Viele stellen sich darauf ein, dass sie schon zu ihren Lebzeiten verwirklicht wird, und zwar auf allen politischen Ebenen. Die Lust, sich mit einer bedeutenden Wählerschicht der Zukunft anzulegen, ist verständlicherweise bei vielen nicht allzugross. Umgekehrt steigt die Neigung, sich dieser Wählermasse zu nähern oder unter denen hervorzutreten, welche sich für ihre Rechte einsetzen. Das ermutigende Ergebnis dieser Analyse wird durch die ersten Erfahrungen aus dem Welschland durchwegs bestätigt. Die früher lautstarke Gegnerschaft macht sich aus dem Staub. Dem neuen Stadtparlament von Le Locle werden mehrere Mitglieder ohne Schweizer Pass angehören. Wenn ein politisches Recht in der Westschweiz schon eingeführt wurde, dann warten Bern, Basel und andere die Erfahrungen ab, und führen es etwas später auch ein. Mit dieser Initiative erweitern wir den Handlungsspielraum für eine aktive Integrationspolitik. Statt immer nur in Defensive zu verharren und auf den nächsten Schlag von rechts zu warten, gehen wir in die Offensive.